

Beschluss 1/2020

Ausgebremst und dennoch handlungsfähig

Soziale und psychische Belastungen junger Menschen aufgrund der Corona-Pandemie ernst nehmen!

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden im Frühjahr dieses Jahres junge Menschen zur Solidarität aufgefordert. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wurden von der jungen Generation sehr ernst genommen und trotz gravierender Einschränkungen akzeptiert.

In einigen Medien gerieten junge Menschen meist nur in den Blick als „Partypeople“ und Veranstalter*innen von „Coronapartys“. In der öffentlichen Diskussion wurden ihre Belange meist vergessen und junge Menschen nur als Schüler*innen wahrgenommen. Grundlegende Rechte von jungen Menschen, wie sie die UN-Kinderrechtskonvention festhält und wie sie nach dem dem SGB VIII gelten, wurden und werden missachtet. Die Wahrung dieser Rechte muss immer wieder überprüft werden, denn ihre Missachtung wirkt sich negativ auf die Verfassung der jungen Generation aus.

Im Mai 2020 nahm die JuCo-Studie der Universität Hildesheim die Auswirkungen der Pandemie und ihre negativen Folgen auf junge Menschen in den Blick. In etlichen Bundesländern wurde erst durch massive Interventionen der Jugendverbände die Lebenssituationen von Jugendlichen und die Belange der Jugendarbeit in die Debatte

um Lockerungen einbezogen. In den Sommermonaten sind notwendige Sozialkontakte wieder möglich geworden. Wie kreativ und engagiert Evangelische Jugend unter Corona-Bedingungen Jugendarbeit umsetzt, wurde in der Initiative #zukunftsrelevant sehr gut dokumentiert.[1]

Dennoch: Die Corona-Pandemie wirkt sich gerade auf junge Menschen besonders belastend aus. Bereits vorhandene strukturelle Benachteiligungen wie z. B. mangelnde Jugendbeteiligung oder die soziale Ungleichheit verstärken sich weiter, finden aktuell jedoch kaum Aufmerksamkeit bei Akteur*innen in Politik und Gesellschaft. Daher ist es gerade jetzt als Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend in Deutschland (aej) unsere Aufgabe, dazu Stellung zu beziehen und auf dringend notwendige Veränderungen aufmerksam zu machen. Die aej fordert alle Akteur*innen der Evangelischen Jugend auf, sich in ihren Betätigungsfeldern vor allem bei den besonderen Anforderungen der Jugendlichen in der Pandemiezeit einzusetzen. Dabei geht es besonders um folgende Aspekte:

Psychische Belastungen junger Menschen

Wir nehmen wahr, dass die psychische Gesundheit junger Menschen unter den coronabedingten Auswirkungen leidet. Nach der Copsy-Studie fühlen sich 71 % der befragten Kinder und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie belastet. "Das Risiko für psychische Auffälligkeiten betrage laut Befragung 31 % (im Vergleich zu 18 % vor der Pandemie)."[2]

Die Krise ist Auslöser verschiedener enormer psychischer Belastungen[3]: Zu dem psychischen Druck durch die familiäre Situation kommt ein Mangel an Austausch- und Kontaktmöglichkeiten. Junge Menschen reduzieren ihre eigenen Kontakte, um gerade ältere Menschen zu schützen. Psychischer Stress und Leistungsdruck in Ausbildung und Beruf steigen [1]: Gerade die biografisch entscheidenden Umbruchsituationen zwischen Schulabschluss, Ausbildungs- oder Studienbeginn, Auslandsaufenthalten

oder Freiwilligenjahr werden in der aktuellen Situation als besonders belastend empfunden. Auf der Suche nach beruflicher Sicherheit müssen junge Menschen meist in kurzer Zeit wichtige Entscheidungen über ihre Berufs- und Ausbildungswahl treffen. Aber auch die seelische Belastung ist für Kinder und Jugendliche in der Corona Zeit deutlich gestiegen, so die COPSY-Studie des Universitätsklinikums Eppendorf[4].

Junge Menschen, die zur Sicherung ihres Lebensunterhalts in einem Minijob oder vergleichbaren Arbeitsverhältnis beschäftigt sind, wurde vielfach gekündigt. Diese plötzlichen und existenziellen Sorgen haben erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Auch ehrenamtliche Tätigkeiten, die häufig auch im Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen geleistet werden, mussten aus der prekären Situation heraus häufig hinten angestellt werden.

Wir fordern:

- ... einen sensiblen Umgang von Gesellschaft und Politik mit jungen Menschen, welcher Leistungsdruck nicht über mentales Wohlbefinden stellt.
- ... einen einfachen und schnellen Zugang zu Hilfe sowie Hilfestellungen bezüglich psychischer Probleme.
- ... ein Hinterfragen des schulischen Leistungssystems.
- ... das Bereitstellen von realen Begegnungsräumen sowie Unterstützung für die Realisierung von Möglichkeiten der Auszeit, der Beratung und des Austauschs auch mit Blick auf die berufliche Zukunft.

Jugendpolitik

Wir stellen fest, dass Jugend im gesellschaftlichen Diskurs häufig auf die Aspekte Qualifikation und schulische Bildung reduziert wird. Jungen Menschen werden öffentliche sowie politische Räume genommen. Junge Menschen können in der Regel

über private Räume nicht autonom verfügen. Viele Möglichkeiten der Interaktion, der Identitätsfindung und Selbstpositionierung, sowie vor allem der sozialen Entfaltung und Partizipation, fehlen nun noch mehr als je zuvor. Das festigt das soziale Gefüge, verhindert soziale Mobilität und weitet die Schere zwischen Arm und Reich.[3]

Die Pandemie verfestigt bereits vorhandene Benachteiligungen, deshalb fordern wir:

- Junge Menschen müssen in ihrer Gesamtheit wahrgenommen werden. Sie sind nicht lediglich Schüler*innen, Studierende oder Auszubildende.
- Nichtsdestotrotz muss allen Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden die notwendige digitale Ausstattung zur Verfügung gestellt werden. Sie brauchen zudem aktive Unterstützung für ihre Lernprozesse, z. B. durch für sie offene nicht kommerzielle Räume mit WLAN.
- Studierende müssen finanziell unterstützt werden um eigene Einkommensausfälle und die der Unterhaltspflichtigen unterschiedlichster Art zu kompensieren.
- Begegnungsmöglichkeiten gerade für junge Menschen in Peergroups im öffentlichen Raum müssen zur Verfügung gestellt werden, wenn die Pandemie-regelungen dies erlauben.
- Dazu gehören auch Angebote der Jugendarbeit als Beteiligungs- und Bildungsarbeit, denn sie sind zukunftsrelevant (Vgl.: 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung).
- Die aktuellen Unterstützungsmaßnahmen in allen Bereichen dürfen nicht zu finanziellen Nachteilen für junge Menschen heute und in Zukunft führen.

Junge Menschen sind zuerst Betroffene von der Pandemie und nicht ihre Verursacher*innen

Wir nehmen wahr, dass im Zusammenhang mit dem Thema Pandemie junge Menschen in den Medien häufig kriminalisiert werden.[3]

Dem gegenüber ist bisher deutlich geworden, dass sich junge Menschen außerordentlich solidarisch und verantwortungsbewusst zeigen. Die TUI Jugendstudie zeigt auf, dass die große Mehrheit – 83 % – der jungen Menschen in Deutschland sich nach eigener Aussage überwiegend an alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie hält. Ihre größte Motivation für die Einhaltung der Maßnahmen ist der Gesundheitsschutz anderer.[5]

Vor diesem Hintergrund sind wir sehr irritiert über die Veröffentlichung der Videoclips #besonderehelden auf der Homepage der Bundesregierung. Wenn Bundesjugendministerin Franziska Giffey bei der Veröffentlichung des 16. Kinder- und Jugendberichtes am 11. November 2020 betont, *„Corona prägt schon jetzt die Lebensläufe vieler junger Menschen und nimmt der Jugend ein Stück Zuversicht und Leichtigkeit. Obwohl sie auf vieles verzichten müssen, halten sich die meisten an die Einschränkungen, sind vernünftig und rücksichtsvoll. Das sollten wir anerkennen und würdigen“* (Vgl.: Evangelisches Infoportal: News, 11. November 2020), ist es widersprüchlich wenn in diesen Clips ein Bild der Jugend gezeichnet wird, das nicht dem Verhalten und den Einstellungen der meisten Jugendlichen in Zeiten der Pandemie und darüber hinaus entspricht. Es werden darin vielmehr Vorurteile verstärkt, wie beispielsweise junge Menschen sind faul, hängen nur auf dem Sofa rum, essen nur Junkfood und sitzen den ganzen Tag vor dem Computer. Wir verstehen das Stilmittel der Satire, um die Zielgruppe möglichst wirkungsvoll zu erreichen. Dennoch werden unseres Erachtens unzutreffende Bilder in nicht notwendiger (d.h. nicht die gewünschte Wirkung fördernde) Art und Weise transportiert. Laut Bundesregierung machen diese Charaktermerkmale junge Menschen und ihr angebliches Nichtstun zu Held*innen gegen die Corona-Pandemie. Damit wird nach Auffassung der Evangelischen Jugend ein Zerrbild transportiert, das die schwierige Lebenssituation von vielen Kindern und Jugendlichen in der Pandemie und ihren Beitrag zur Solidarität und zur Eindämmung der Pandemie diskreditiert.

Wir fordern daher:

- dass die Bundesregierung ihre Videoclips #besonderehelden kritisch auswertet und bei neu zu produzierenden Videos ein realistischeres Bild von jungen Menschen zeichnet, die auch das positive Engagement junger Menschen während der Pandemie darstellen. Hier sucht der Vorstand der aej das Gespräch mit dem Ministerium.
- eine faire Darstellung der jungen Generation in der Öffentlichkeit, in der junge Menschen selbstbestimmt zu Wort kommen (Vgl.: Yasmine M´Barek: Generation Z, Zeit 21. Oktober 2020).

Junge Menschen werden in ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen. Sie tragen eine große Last in Folge des Pandemiegeschehens und sind eine Personengruppe, die unfreiwillig einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt ist. Sie setzen sich in überfüllte Busse oder Züge, verbringen ihren Tag in schlecht belüfteten und zu engen Klassenzimmern. Wir sehen junge Menschen, die Schule, Ausbildung und Studium unter schwierigen Umständen meistern müssen, die nicht wissen, wie sie finanziell über die Runden kommen sollen, Auszubildende, die sich um ihren Ausbildungsplatz oder um eine Übernahme sorgen. Wir sehen junge Menschen, die angewiesen sind auf den öffentlichen Raum, auf Angebote der Jugendarbeit, auf Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und auf soziale Kontakte. Sie engagieren sich und achten darauf, sich nicht zu infizieren, vor allem den Menschen zuliebe, die zu Risikogruppen gehören. Ministerpräsidentin Malu Dreyer sagt dazu: *„Junge Menschen haben sehr viel geopfert. Ihr habt verzichtet, um andere zu schützen. Diese Solidarität macht mich stolz und dafür möchte ich Danke sagen“*. [6]

Wir fordern daher:

- Junge Menschen und ihren Umgang mit der Pandemie seitens der politischen Entscheidungsträger*innen zu würdigen und mit ihren Belangen und Erfahrungen viel stärker als bisher in den Entscheidungen um Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu beteiligen.

- Eine differenziertere Auseinandersetzung mit den Lebensrealitäten von jungen Menschen in der Pandemie, die auch humoristisch, aber nicht diskreditierend sein darf.

"Es gilt, die Bedeutung nonformaler (und informeller, Erg. der Verf.) Bildung für junge Menschen anzuerkennen und in der Krise zu stärken, statt sie durch Begegnungsverbote zu schwächen. Auf solche Angebote sind insbesondere auch migrierte (und sozial benachteiligte, Erg. der Verf.) Kinder und Jugendliche angewiesen. Ähnlich verhält es sich für die soziale Lage und das soziale Leben von Studierenden, das bei allen universitären Maßnahmen nicht mitbedacht wurde." [2, S. 18] "Es drohen empfindliche Einschnitte im Leistungsangebot. [...] Bei einer sachgerechten Priorisierung muss die soziale Relevanz sogenannter freiwilliger Leistungen erkannt werden, die von staatlichen Institutionen gewährt werden. Sie dürfen nicht je "nach Kassenlage" unbedacht gekürzt oder gar ganz eingestellt werden." [2, S. 23.]

Wir fordern:

- Auch in der Zukunft müssen die Ressourcen für Strukturen, Projekte und Maßnahmen der außerschulischen Jugendarbeit gesichert werden.

Gerade in krisenhaften Zeiten brauchen wir jeden und jede einzelne und dürfen keine Teile der Gesellschaft ausschließen. Wir sind viele Glieder aber ein Leib (1. Korintherbrief 12, 12) und jedes Glied hat seine ganz eigene und wichtige Funktion, welche im gesamtgemeindlichen und -gesellschaftlichen Kontext unerlässlich ist. Die oben genannten Forderungen müssen deshalb Gehör finden, sowie Sorgen und Nöte der Jugend in dieser Pandemie ernst genommen werden.

Quellen

- [1] Junge Menschen und Corona, 2020, Universität Hildesheim,
<https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico-befragungen-von-jungen-menschen-und-eltern-waehrend-der-corona-pandemie/>.
- [2] Neue Perspektiven junger Menschen in der Corona-Krise, initiative niedersächsischer Ethikrat, 16.11.2020, <https://www.ethikrat-niedersachsen.de/>.
- [3] Voigts, G. Vom „Jugend vergessen“ zum „Jugend ermöglichen“: Bewegungs-, Beteiligungs- und Freiräume für junge Menschen in Corona-Zeiten. *Forum Kind Jugend Sport* (2020). <https://doi.org/10.1007/s43594-020-00022-5>.
- [4] COPSY (Corona und Psyche), Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, 2020, www.uke.de/copsy.
- [5] Junges Deutschland in Zeiten von Corona, TUI Stiftung, 2020, https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/10/2020_YouGov_TUI-Stiftung_Junges-Deutschland-in-Zeiten-von-Corona.pdf.
- [6] Instagram Post der Ministerpräsidentin Malu Dreyer, vom 15.11.20